



Grünes Land, gerechte Welt  
- geeintes Belgien?  
In der Politik des  
Nachbarlandes ist die  
Farbenlehre komplex.  
(Foto: Steve Bridger/ Flickr)

Konsens unter sämtlichen flämischen Parteien, allerdings verleihen sie ihr mit unterschiedlicher Vehemenz Ausdruck. So feierte die CD&V ihren Wahlsieg mit einer derartigen Vielzahl flämischer Flaggen, dass in Wallonien die schlimmsten Befürchtungen geweckt wurden. Die liberale VLD lässt an ihren regionalistischen Ambitionen keinen Zweifel, verkneift sich jedoch eine derartige Nationalfolklore. Zuletzt machte sich vor allem der scheidende Außenminister Karel de Gucht bemerkbar und forderte die flämischen Unterhändler zur Kompromissbereitschaft auf. Der N-VA-Vorsitzende Bart de Wever stempelte ihn darauf umgehend als „illoyal“ ab.

Die flämischen Grünen stehen einer Regionalisierung nicht im Weg, ohne das Thema auf ihrer Agenda jedoch besonders hoch zu veranschlagen. Auch die Sozialisten SP-a, die seit ihrem Absturz bei den Wahlen vor allem mit internen Umstrukturierungen beschäftigt sind, befürworten grundsätzlich eine Staatsreform. Damit stehen sie im Widerspruch zur sozialistischen Gewerkschaft ABVV, die sich strikt gegen eine Regionalisierung des Sozialstaats wendet. Ein Garant der Verankerung der SP-a beim nationalistischen Klientel ist dagegen ihr linksliberaler Kartellpartner Spirit, dem damit eine ähnliche

Funktion zukommt, wie der N-VA für die Christdemokraten. Die Partei ist in der Freien Europäischen Allianz organisiert, einem Zusammenschluss autonomistischer Regionalparteien. Zusammen mit der N-VA bildet Spirit zudem die politische Nachlassverwaltung der nationalistischen Volksunie, die 2001 an einem Richtungsstreit zerbrach. Zwei radikal rechte Gruppen hatten sich bereits in den späten Siebzigerjahren abgespalten und im weiteren Verlauf zum Vlaams Blok vereinigt. Die Amalgam-Funktion des flämischen Nationalismus lässt sich bis in die (selbst erklärte) radikale Linke nachvollziehen: so denkt man auch im Umfeld der parteilich nicht organisierten „Sociaalfaminganten“ über eine strategische Zusammenarbeit mit dem Vlaams Belang nach. Wenn Belgien erst einmal beerdigt sei, so die eigenwillige Quintessenz, ließe sich der Leichenzug immer noch nach Links umleiten.

Durchaus unterschiedlich gestaltet sich die Bereitschaft der Parteien, in Verhandlungen mit der wallonischen Seite Kompromisse einzugehen. Beispielhaft steht dafür zurzeit wieder einmal die Frage nach der Zukunft des zweisprachigen Wahlkreises Brüssel-Halle-Vilvoorde. Nur hier konnten bislang die Wähler sowohl für flämische wie auch für frankophone

Politiker stimmen. Das wachsende demographische Übergewicht der Frankophonen bewirkte auf flämischer Seite jedoch die Angst, nicht mehr repräsentiert zu sein. Am Mittwoch nun setzen sich die flämischen Parteien in einem Parlamentsausschuss mit ihrer Forderung nach einer Spaltung von „BHV“ durch. Bereits zu Beginn der Abstimmung hatten die französischsprachigen Abgeordneten den Saal unter Protest verlassen. Sie warfen den Christdemokraten, Liberalen und Sozialdemokraten Flanderns vor, sich der Stimmen des Vlaams Belang bedienen zu haben, um eine Mehrheit im Ausschuss sicherzustellen. Als einziges flämisches Ausschussmitglied hatte sich die Grünen-Abgeordnete Tinne Van der Straeten enthalten. „Mit einer solchen Konfrontation wird man nie zu einer Lösung kommen“, so die Politikerin.

Unklar blieb bis zum Redaktionsschluss, ob der mit der Regierungsbildung betraute flämische Christliche Demokrat Yves Leterme nun endgültig gescheitert ist. Leterme war dem flämischen Wunsch nach Spaltung nachgekommen, hatte aber der frankophonen Sprachgruppe zugleich Konzessionen angeboten. Dort beriet man sich nach der Abstimmung über das weitere Vorgehen. Debattiert wurde über verschiedene Verfahren, mit-

tels derer sich eine Abstimmung im Plenum über die Spaltung des Bezirks verzögern lässt.

Überdies zählt auch die Bildung einer Übergangsregierung, welche die Frage der Staatsreform und der damit zusammen hängenden Zukunft des Wahlbezirks Brüssel-Halle-Vilvoorde ausklammern sollte, zu den momentan diskutierten Möglichkeiten. Das Dilemma der Gemäßigten, wie Dirk Peeters, dem christdemokratischen Bürgermeister der kleinen Stadt Halle vor den Toren Brüssels, dürfte damit jedoch nicht gelöst werden. Eine Beilegung des Streitpunkts BHV betrachtet er als Frage von „Geben und Nehmen“. Auch im gesamtbelgischen Zusammenhang fordert er, den Wallonen zu zeigen, dass man mit ihnen weitermachen wolle. Gleichzeitig beklagt er die zunehmende Radikalisierung - „auch unter gemäßigten Flamen“. Und wie jeder Christdemokrat im Norden des Landes weiß Peeters nur zu gut, dass diese auch sein Elektorat bilden.

Tobias Müller ist freier Journalist und lebt in Amsterdam.